

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/ 161

Bonn, den 25. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Keine Staatskrise	76

Volk und Staat sind in Ordnung - Die Staatsführung ist schlecht

Von Günter Markscheffel

2a	Deutsche Abrüstungsvorschläge bleiben vorrangig	35
----	---	----

Zu Fritz Erlers Initiative

3 - 4	Schicksalsfrage für die Saar	65
-------	------------------------------	----

Saar-Pfalz-Kanal muß gebaut werden

Von Friedrich Regitz, MLI

5 - 8	Wiederschen mit Rumänien (I)	99
-------	------------------------------	----

Ein Land im Aufbruch

Von Ludwig Metzger, HdB

+ + +

Keine Staatskrise

Volk und Staat sind in Ordnung - die Staatsführung ist schlecht

Von Günter Markscheffel

Die schon seit langem schwelende, den Eingeweihten bekannte, der breiten Öffentlichkeit aber jetzt erst bewußt werdende Krise in der Führungsspitze unseres Verteidigungswesens ist **n i c h t** - wie auch im Ausland gelegentlich behauptet wurde - das Zeichen einer Staatskrise. Zu einer Staatskrise würde **m e h r** gehören: eine fehlerhafte und unfähige Staatsführung **u n d** ein unfähiges oder sich selbst nicht mehr sicher fühlendes Staatsvolk.

- * Die Bundesrepublik Deutschland hat eine schlechte und unfähige Staatsführung; sie hat jedoch ein Volk, das zwar irritiert, aber trotz aller Schwierigkeiten, denen es durch die Fehler seiner Regierung ausgesetzt ist, nach wie vor Zutrauen zu sich selbst und zum demokratischen Staat hat.
- * Die Ablösung der jetzigen Regierung würde unser Volk und sein Vertrauen zum demokratischen Staat nicht erschüttern. Im Gegenteil, sie würde dazu führen, daß Millionen Menschen den Regierungswechsel als ein lange erwartetes Ereignis betrachten und die jetzt allenthalben vorhandene Irritation wieder abklingen lassen.

Was erleben wir? Nicht nur den Rücktritt einiger hoher Offiziere, nicht nur einen ratlosen Verteidigungsminister und schwimmenden Bundeskanzler; wir stehen dem Höhepunkt einer Entwicklung gegenüber, die schon seit sehr langer Zeit unser Volk irritiert.

Dies als Hinweis! Seit spätestens 1959/60 fordert die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Gewerkschaften die Koordinierung der gesamten deutschen Energiepolitik. Ziel einer solchen Koordinierung sollte die Vermeidung des Kohlen- und Stahldebakels an Ruhr und Rhein und die Sicherung der wichtigsten Grundlagen unserer Wirtschaft sein. Seit sechs Jahren wiederholt sich im Bundestag bei jeder Etatberatung dasselbe Schauspiel. Die Regierung und die sie tragenden Parteien verächtlich die Forderungen der Opposition, behaupteten, es werde sich "alles nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft regeln" und verzichteten auf eine Wirtschaftspolitik der Vernunft und Vorausschau.

Das Ergebnis ist bekannt. Es drückt sich in Feierschichten aus, es schlägt sich nieder in der steigenden Beunruhigung der Bevölkerung und es läßt uns alle befürchten, daß die erst in jüngster Zeit ausgeworfe-

nen Rettungsanker zur Stabilisierung der Wirtschaft nicht mehr die Wirkung erzielen werden, die sie hätten erreichen können, wenn man rechtzeitig gehandelt hätte.

- * Die politische Quittung für dieses Versagen der Bundesregierung erhielten Erhard und seine CDU bei den Landtagswahlen im volkreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen.
- * Aber auch jetzt noch wäre der Vertrauensschwund in die Führung des Staates aufzuhalten gewesen, wenn die Ich-Bezogenheit des früheren Wirtschaftsministers und jetzigen Bundeskanzlers sowie die durch die Macht blind gewordenen Regierungsparteien nicht den Sieger der Wahl, die Sozialdemokratie, bewußt ausgeschaltet hätten, um sich selbst aber mit Ach und Krach auf den Ministeresseln zu halten.

Auch diese Dinge muß man sehen, wenn man über die Krise in der Führungsspitze unseres Verteidigungswesens spricht. Mit dem Begriff Verteidigung und Bundeswehr verbindet sich nämlich auch der Begriff Geld. Der Verteidigungshaushalt beträgt rund 20 Milliarden DM; das ist fast ein Drittel des Ordentlichen Haushalts. Auch politisch weniger interessierte Bürger unseres Staates müssen unruhig werden, wenn sie lesen und hören, daß an der Spitze des Ministeriums, das jährlich über 20 Milliarden DM verfügt, vieles nicht in Ordnung ist. Vergleicht dieser Bürger dann die Summe von 20 Milliarden DM mit anderen Ausgaben, für die er Steuern zahlt, dann gelangt er zwangsläufig zu dem Schluß, daß sein sauer verdientes Geld nicht richtig verwaltet wird. Die Bürger unseres Staates, die viel mehr Einsicht in die Erfordernisse einer geordneten demokratischen Gemeinschaft haben, als es mancher Minister vielleicht wahrhaben mag, reagieren mit Recht allergisch auf sichtbare Führungsunfähigkeit.

Noch viele Beispiele ließen sich aufzählen, um zu zeigen, wo die tieferen Ursachen der Irritation und der Unsicherheit unseres öffentlichen Lebens liegen. Wir lassen es mit der hier angeführten Beispielen zunächst bewenden. Aber eines sollen sich die Regierungsparteien und die Regierung sagen lassen: Nicht mehr lange werden sie ungestraft so tun können, als sei ihr Verhalten gegenüber den drängenden und nicht gelösten Problemen unserer Zeit der Ausdruck politischer Weisheit und Führungsfähigkeit. Die seit anderthalb Jahrzehnten an der Spitze des Staates einseitig etablierte Macht ist in sich verflücht, miteinander zerstritten und infolgedessen heute unfähig, das Staatsvolk entsprechend seiner großartigen wirtschaftlichen und moralischen Leistung nach dem Zweiten Weltkrieg zu repräsentieren. Der Führungswechsel ist deshalb das Gebot der Stunde.

Deutsche Abrüstungsvorschläge bleiben vorrangig

Zu Fritz Erlers Initiative

sp- In dem Trubel um die Vorgänge in der Führungsspitze unseres Verteidigungswesens ist eine erneute SPD-Initiative in Richtung auf deutsche Abrüstungsvorschläge fast untergegangen. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz E r l e r, hat dieser Tage gefordert, daß der Bundestag bald nach den Parlamentsferien eine Abrüstungsdebatte durchführt, um zu klären, welchen Beitrag die Bundesregierung durch eigene Vorschläge zum Abrüstungsproblem leisten will oder kann. Die Bundesregierung hat im Frühjahr an die meisten Staaten der Welt eine Friedensnote verschickt, in der dargestellt wird, wie sich das offizielle Bonn den deutschen Beitrag zur Entspannung in der Welt vorstellt. Die meisten westlichen Empfänger dieser Note haben positiv reagiert, die meisten östlichen negativ. Allerdings muß gesagt werden, daß die Reaktion auch in östlichen Staaten unterschiedlich war.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende ist realistisch genug, um zu wissen, daß selbst unterschiedliche Reaktionen kommunistisch regierter Länder noch nicht die Eröffnung eines Dialogs sind, mit dessen Hilfe die Bundesrepublik Deutschland in absehbarer Zeit die Mauer des Mißtrauens durchbrechen könnte. Dennoch will durch die von ihm angekündigte sozialdemokratische Initiative im Bundestag verhindert, daß außerhalb Deutschlands der Eindruck entstehen könnte, die Bundesrepublik wolle sich mit einer einmaligen Friedensnote begnügen.

Deshalb fordert Erler eine vom Parlament eingeleitete systematische Auslotung aller Möglichkeiten einer deutschen Friedenspolitik, die auch endgültige Klärung in der Frage des Besitzes oder der Mitbestimmung an atomaren Waffen, sowie eine Definition des Begriffs "Gewaltverzicht" erbringen müßte.

Aus dem Regierungslager war zu Erlers Initiative noch keine Antwort zu hören. Vielleicht liegt das daran, daß das offizielle Bonn durch die jüngsten Ereignisse zu verstört ist, um überhaupt eine klare Auffassung zu schwierigen internationalen Problemen äußern zu können. Warten wir also noch etwas ab, bis sich die Bundesregierung und die noch hinter ihr stehenden Parteien wieder etwas gefaßt haben, und hoffen wir, daß sie trotz ihrer inneren Schwierigkeiten die Kraft aufbringen, neue Ansätze für ein positives Eingreifen in die weltweiten Entspannungsbestrebungen gemeinsam mit der Opposition zu suchen.

Schicksalsfrage für die Saar

Saar-Pfalz-Kanal muß gebaut werden

Von Friedrich Regitz, MfL

Die saarländische Regierung kann die Sommerpause 1966 kaum zu geruhigem Urlaub nutzen. Über die Saarwirtschaft sind von Luxemburg und von Brüssel her dunkle Wolken aufgezogen. Die Hohe Behörde der Montanunion hat mit einer am 20. Juli 1966 getroffenen Entscheidung über die von der Bundesbahn gewährten Als-ob-Tarife die Blühträume vieler zerstört, die glaubten, diese Frachtvergünstigungen seien ein dauerhafter Ersatz für den Bau des Saar-Pfalz-Kanals und könnten die ungünstige Standortlage der Saarwirtschaft gegenüber ihren Konkurrenten in Lothringen und Luxemburg entscheidend verbessern. Als im Jahre 1956 beim Abschluß des Saarvertrages für die Rückkehr des Saarlandes zur Bundesrepublik Frankreich der Bau des Mosel-Kanals zugestimmt wurde, erlangte die alte saarländische Forderung nach einem Anschluß an das deutsche und internationale Wasserstraßennetz brennende Aktualität. Die saarländische Wirtschaft war durch die wechselvolle Geschichte des Landes ohnehin schwer benachteiligt und hatte erhebliche Investitionsrückstände aufzuholen, wenn sie im Wettbewerb bestehen wollte.

Nach langwierigen Verhandlungen hatte schließlich die Bundesregierung Anfang 1966 den Entschluß gefaßt, in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen in Saarbrücken und Mainz den Saar-Pfalz-Kanal zu bauen. In einem Beschluß vom 17. März 1966 hat sie diese Bereitschaft offiziell bekundet, aber die Realisierung des Projekts war damit keineswegs gesichert.

Die Deutsche Bundesbahn war mit der saarländischen Regierung in Verhandlungen über die sogenannten Als-ob-Tarife getreten, die die gleichen Vergünstigungen wie der Kanal gewähren sollten. Als diese Verhandlungen zwischen Bundesbahn und Saarregierung in einem Vertrag ihren Abschluß fanden, gab es schon warnende Stimmen, die darauf hinwiesen, daß damit weder eine dauerhafte Standortverbesserung garantiert sei, noch das als gesichert angesehen werden könne, daß die europäischen Behörden in Brüssel und Luxemburg diese Frachtver-

günstigungen umbesehen hinnehmen. Ein damals von der SPD-Landtagsfraktion gestellter Misstrauensantrag gegen die Landesregierung wegen mangelhafter Vertretung der Landesinteressen wurde von der CDU/FDP-Koalition im saarländischen Landtag hohnlächelnd abgelehnt.

Mit Stellungnahmen der europäischen Behörde in Brüssel und der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg haben sich die Bedenken gegen die Als-co-Tarife leider als allzu berechtigt erwiesen. In Luxemburg wurde am 20. Juli 1966 entschieden, daß die Sondertarife der Deutschen Bundesbahn für die Saarwirtschaft bei veränderter Situation jederzeit abgeändert oder aufgehoben werden können, daß die Konkurrenten in Lothringen, Luxemburg und in anderen Ländern der Gemeinschaft die Möglichkeit haben, ähnliche Vergünstigungen für sich in Anspruch zu nehmen.

Aufgrund dieser Entscheidung haben jetzt die Handelskammern von Amsterdam und Rotterdam die holländische Regierung aufgefordert, beim europäischen Gericht in Straßburg gegen die Sondertarife für die Saarwirtschaft Klage zu erheben. Die saarländische Wirtschaft, vertreten durch die Industrie- und Handelskammer und den Industriellen-Verband, versetzten der Regierung Röder (CDU) in einer Stellungnahme vom 4. August 1966 eine schallende Ohrfeige. Sie vertraten die Auffassung, daß durch die luxemburgische Entscheidung die tarifpolitische Lösung des saarländischen Standortproblems zum Scheitern verurteilt wurde und daß mit dem Bau des Saar-Pfalz-Kanals unverzüglich begonnen werden muß.

Da die saarländische Wirtschaft, die durch die Krise in der Montanindustrie besonders hart getroffen wird, ohnehin in den nächsten Jahren geringere Entwicklungschancen hat, als die Wirtschaft im übrigen Bundesgebiet, dürfte dieses Thema in den nächsten Monaten entscheidende Bedeutung erlangen.

Die Saarländer, die wegen der mangelnden Vertretung ihrer Interessen in Bonn ohnehin skeptisch sind, haben keineswegs die Gewissheit, daß die derzeitige Bundesregierung bereit ist, diese Lebensfrage für die zukünftige Entwicklung des Landes positiv zu beantworten.

Wiedersehen mit Rumänien (I)

Ein Land im Aufbruch

Von Ludwig Metzger, MdB

Rumänien ist nicht mehr das gleiche Land wie bei meinem Besuch vor neun Jahren. Es hat eine erstaunliche wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht und befindet sich noch mitten in dieser Entwicklung. Diese ist die Folge einer politischen Entscheidung und zugleich die Ursache politischer Entwicklungen.

Der eigene Weg

Der erste Sekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Nicolae Ceausescu, hat wiederholt erklärt, daß die Völker, die Jahrhundortelang um ihre nationale Unabhängigkeit gekämpft haben, nicht auf das Recht verzichten können, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, das ihnen ein sicheres Voranschreiten zu einer gerechten Gesellschaftsordnung gewährleistet; die Vielfalt der wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Gegebenheiten in den sozialistischen Ländern bewirkten verschiedene Formen und Methoden zur Lösung der konkreten Fragen des Aufbaus der neuen Gesellschaftsordnung; sie schloße die Möglichkeit der Leitung der Tätigkeit der mehr als 90 kommunistischen Parteien durch ein internationales Zentrum aus.

Diese Einstellung hat dazu geführt, daß Rumänien die ihm im SOZIALISMUS zugedachte Rolle, ein in wesentlichen agrarisches Land zu bleiben, nicht übernommen, sondern sich der dadurch von der Sowjetunion bedingten Abhängigkeit widersetzt hat. Bei einer Rundfahrt durch das Land, sind die Erfolge der rumänischen Anstrengungen auf industriellen Gebiet mit Händen zu greifen.

Kontakte mit aller Welt

In begrenztem Umfang hatte Rumänien schon seit langem eine Industrie auf der Rohstoffbasis, vor allem in Ploesti; sie befand sich aber in ausländischem Besitz. Vor neun Jahren konnte ich sehen, daß das kommunistische Rumänien hier schon manches getan hatte. Aber alles, was ich jetzt vor Augen bekam, ist neu. Betriebe und Kombinate sind innerhalb weniger Jahre errichtet worden. Rumänien ist ein an Natur-schätzen reiches Land. In großen und für größte Pläne ausreichenden Mengen hat man Erdgas entdeckt. In der chemischen Industrie wird es für die verschiedensten Zwecke nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden verwandt. Bei dem Aufbau der Werke wurden Maschinen aus allen Ländern von Bedeutung - einerlei ob kommunistisch oder nichtkommunistisch - bezogen. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt dabei einen hervorragenden Platz ein. In Craiova und bei der Stadt George Gheorghiu-Dej (nach dem verstorbenen Vorgänger von Ceausescu benannt) stehen seit wenigen Jahren zwei große chemische Kombinate mit je mehreren Fabriken. Man ist dabei, sie weiter auszubauen. In dem Kombinat bei Dej werden einschließlich einer Kautschukfabrik, einer Thermozentrale und einer Raffinerie 13 500 Arbeiter beschäftigt.

Eine neue Stadt

Neben dem kleinen Dorf Oresti ist die Stadt George Gheorghiu-Dej neu errichtet worden. Sie zählt zur Zeit 35 000 Einwohner und wird noch erheblich wachsen. Die Wohnblocks sind schön und modern, die Straßen sind breit, in ihrer Mitte und auf beiden Seiten sind breite

Streifen mit Blumen bepflanzt. Es ist überhaupt das Kennzeichen der vieler neuen Stadtviertel im ganzen Land, daß auf Helligkeit, Schönheit - vor allem Blumenschmuck - und Geräumigkeit der Plätze Wert gelegt wurde.

Nylonwäsche - keine Seltenheit mehr

Ich hatte einige leicht waschbare Nylon-Hemden mit auf die Reise genommen, weil ich meinte, das eine oder andere könne ich, wenn ich eine Freundlichkeit erwidern wollte, verschenken, denn solche Ware habe sicher Seltenheitswert. Ich war nicht wenig erstaunt, als ich in Saviesti eine neue Fabrik für synthetische Stoffe vorfand, in der seit wenigen Jahren Nylon-Wäsche, Nylon-Strümpfe und andere Stoffe aus Kunstseide fabriziert werden, die weitgehend den Bedarf des Landes decken.

In dem nahen Piatra Neamt sind viele moderne Straßenzüge mit Wohnungen für die Beschäftigten der Fabrik entstanden. In einem vierstöckigen sehr schönen Hotel mit allem Komfort sind die Angestellten, die offenbar aus der ländlichen Umgebung stammen, noch nicht alle mit dem Funktionieren eines solchen Betriebs vertraut.

Schnelle Industrialisierung

Auch in der Schwerindustrie ist manches Staunenswerte festzustellen. In Craiova habe ich ein elektrotechnisches Kombinat mit vier Fabriken - darunter einer Diesel-Lokomotiv-Fabrik - gesehen. Natürlich drängt sich die Frage auf, ob die Rumänen allein rein technisch alle die Aufgaben schon bewältigen können, die sie sich selbst gestellt haben. In jedem Kombinat werden ein paar hundert akademisch ausgebildete Ingenieure benötigt. Jährlich verlassen einige tausend Studenten als Diplomingenieure die Universitäten und Hochschulen. Der Staat macht auf diesem Gebiete (wie überhaupt auf dem Schul- und Universitätssektor, auf dem einschließlich Studentenunterkünften auch viel gebaut wird) riesige Anstrengungen, aber vielfach haben die jungen Ingenieure - deren Durchschnittsalter mir in vielen Betrieben mit etwa 25 Jahren angegeben wurde - noch wenig praktische Erfahrungen.

Gute Zusammenarbeit mit "Westdeutschland"

In Fabriken, in denen Abteilungen noch im Aufbau waren, konnte ich deutsche Ingenieure sprechen. Einige waren nicht ganz ohne Sorge über das Funktionieren der Maschinen nach Übergabe an die Rumänen. Immerhin konnte ich mich an vielen Stellen von der Leistungsfähigkeit der rumänischen Techniker und Ingenieure überzeugen. In der Lokomotivfabrik zum Beispiel standen viele fertige Lokomotiven für den In- und Auslandsversand bereit, und auf den Eisenbahnstrecken des Landes fahren schon viele dieser neuen Lokomotiven. Übrigens wurde mir von vielen staatlichen und betrieblichen Stellen versichert, wie gut man mit den Ingenieuren "Westdeutschlands" zusammenarbeite und wie sehr man ihre Arbeit schätze.

In einem Land mit dem Hölzreichtum der Karpaten spielt natürlich die Holzverarbeitungsindustrie eine große Rolle. Eine ganze Reihe von großen Kombinationen sind geschaffen worden. In Pitesti habe ich eines mit den modernsten Maschinen und eine Kiebbelfabrik besichtigt. Überall wird die Rationalisierung so weit wie möglich getrieben. Die kleineren Holzverarbeitungsbetriebe, die sich in den Karpatenbälern befinden, sollen allmählich verschwinden. Ihre Arbeit wird von den großen Kombinationen übernommen.

Wird fortgesetzt